



# DIE DEUTSCHEN

## 1961 bis 1972

*Geschäfte und Proteste*



DEUTSCHLAND 1961 bis 1972

## Geschäfte und Proteste

Im Oktober 1963 tritt Bundeskanzler Konrad Adenauer zurück. Er hat das Land 14 Jahre lang regiert – länger als die zwölf Kanzler verschleißende Weimarer Republik existierte. In seine Amtszeit fallen Wiederaufbau und ein bemerkenswerter wirtschaftlicher Erfolg, die Integration in das westliche Militärbündnis und die europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Aber zu Anfang der 60er Jahre geht die Ära Adenauer langsam zu Ende. Er will den möglichen Kanzleramts-Konkurrenten Ludwig Erhard vor der nächsten Wahl in das Amt des Bundespräsidenten fortloben. Als der ablehnt, will sich Adenauer selbst zur Wahl stellen, zieht wegen der geringen politischen Einflussmöglichkeit des Amtes aber wieder zurück und schlägt 1964 seinen Parteifreund Heinrich Lübke, Bundespräsident seit 1959, für eine zweite Amtsperiode vor.

### VON ADENAUER ZU LUDWIG ERHARD

Schon in dieser Auseinandersetzung wirkt Adenauer nicht sehr souverän, und er nimmt weiteren Schaden durch den „Fernsehstreit“. Bereits in den 50er Jahren will er ein zweites deutsches Fernsehprogramm einführen – allerdings soll nach seiner Vorstellung die Bundesregierung den neuen Sender beaufsichtigen. Die Länder, die sich in ihrer Kulturhoheit beschränkt sehen, klagen vor dem Verfassungsgericht – und gewinnen. Die Richter entscheiden, die Ausgestaltung des Rundfunks sei ausschließlich Sache der Länder. Das ist eine schwere Niederlage für den in dieser Frage sehr exponierten Altkanzler. Kaum ist dieser Streit beigelegt, wird seine neue Koalitionsregierung mit der FDP durch die „Spiegel“-Affäre erschüt-

tert. Als das Hamburger Magazin über vermeintliche atomare Pläne der Bundeswehr berichtet, kontert die Staatsgewalt mit Redaktionsdurchsuchungen und Verhaftungen wegen Landesverrat. Ein leitender Redakteur wird auf Drängen von Verteidigungsminister Strauß und mit Wissen Adenauers an seinem spanischen Urlaubsort in Haft genommen. Daraufhin zieht die FDP ihre fünf Minister aus der Regierung zurück. Erst nachdem auch Strauß seinen Rücktritt erklärt, kann Adenauer das Kabinett umbilden und kündigt auf Druck der Liberalen an, nach der nächsten Bundestagswahl nicht mehr als Kanzler zur Verfügung zu stehen. Am 15. Oktober 1963 tritt er, in der Mitte der Legislaturperiode, zurück. Einen Tag später wählt der Bundestag Ludwig Erhard zum neuen Bundeskanzler. Trotz der Bedenken Adenauers hat die CDU/CSU-Fraktion bereits im April 1963 Erhard als Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers nominiert.

Der neue Kanzler Ludwig Erhard ist vor allem ein Mann der Ökonomie. Vielleicht ist ihm die Tragweite einiger Passagen in seiner zweiten Regierungserklärung im November 1965 nicht bewusst, aber er schürt vor allem in der jungen Generation ein Misstrauen, dass wenige Jahre später in den heftigsten politischen Auseinandersetzungen münden wird, die Nachkriegsdeutschland bis dato erlebt hat. Er sagt: *„Alle Generationen unseres Volkes tragen zwar an den Folgen einer im deutschen Namen von 1933-1945 geübten Politik. Die Bezugspunkte in der Arbeit des Deutschen Bundestages und der Politik der Bundesregierung dürfen dennoch nicht mehr der Krieg und die Nachkriegszeit sein. Sie liegen nicht hinter uns, sondern vor uns. Die Nachkriegszeit ist zu Ende“*. Erhard will – nur zwei Monate nach dem Frankfurter Auschwitz-Prozess – diesen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen. Neben zwei hohen SS-Offizieren sitzen hier fünf Mitglieder der Lager-Gestapo, vier Aufseher, drei Sanitäter, drei KZ-Ärzte, der Lager-Apotheker, der Kleiderkammer-Verwalter und der brutale Kapo Emil Bednark auf der Anklagebank. Am Ende werden nach 183 Verhandlungstagen sechs Angeklagte zu lebenslanger Haft verurteilt, elf weitere Haftstrafen ergehen wegen Beihilfe zum Mord und drei Angeklagte werden freigesprochen. Die Urteile erscheinen vielen Beobachtern in der Gesamtschau als sehr milde und sind ih-

nen ein Beweis für die Rechtslastigkeit der deutschen Justiz. Weitere Äußerungen führender Politiker tragen auch nicht dazu bei, den Glauben an eine intensive Aufarbeitung der deutschen Geschichte zu fördern. Für viel Aufregung sorgt eine Bemerkung von Franz Josef Strauß, der über Deutschland sagt: Ein Volk, „*das diese wirtschaftlichen Leistungen erbracht hat*“, habe ein Recht, „*von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen*“.

### **ERSTE WIRTSCHAFTSKRISE UND REGIERUNGSWECHSEL**

Gastarbeiter haben erheblichen Anteil an der Sicherung des steigenden Wohlstands in der Bundesrepublik. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer ist bis 1960 auf 330.000 gestiegen, vor allem Italiener haben eine Arbeit nördlich der Alpen aufgenommen. Die Vergabe von Arbeitserlaubnissen wird noch immer durch die strenge Ausländerverordnung aus dem Jahr 1933 geregelt. Eine Erlaubnis gilt immer nur für einen konkreten Arbeitsplatz und wird nur für ein Jahr erteilt – bei Entlassung oder Kündigung erlischt sie sofort. Erst mit dem Inkrafttreten des Arbeitsförderungsgesetzes von 1969 und der Arbeitserlaubnisverordnung von 1971 ändern sich diese Bestimmungen. Arbeitserlaubnisse werden jetzt nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes erteilt; sie können jederzeit wieder entzogen werden.

Ausgerechnet in die Kanzlerschaft des Ökonomen Ludwig Erhard fällt die erste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit. Erste Anzeichen einer Abkühlung sind schon Anfang der 60er Jahre nicht zu übersehen. Bis 1965 sinkt das jährliche Wirtschaftswachstums von neun auf 5,7 Prozent. Die Entwicklung wird aber nicht einmal von der Opposition als ein großes Problem gesehen, weil auch das bescheidenere Wachstum genügt, um die Arbeitslosenquote von 1,3 Prozent in 1960 auf 0,7 Prozent in 1965 zu drücken. Zwischen Herbst 1966 und Sommer 1967 bricht die Konjunktur aber tatsächlich ein. Die Statistiker registrieren erstmals in der Nachkriegsgeschichte kein Wirtschaftswachstum. Das Bruttosozialprodukt geht sogar um 0,2 Prozent zurück, worauf die Arbeitslosenquote binnen Monaten auf 2,2 Prozent steigt. Ursa-

che der Krise ist ein deutlicher Abschwung bei den privaten und öffentlichen Investitionen. Inlandsbestellungen im Maschinenbau, Baugenehmigungen im Hochbau und die öffentlichen Aufträge sind rückläufig. Es wird mehr produziert als verkauft, Lagerbestände wachsen, in der Folge drosseln zahlreiche Firmen die Produktionen und entlassen Arbeiter.

Mit einiger Verzögerung schlagen jetzt erst politische Entscheidungen vergangener Jahre durch. 1965 steigen die Preise um 3,4 Prozent und 1966 um 3,5 Prozent, die Bruttolöhne um 9,1 Prozent bzw. 7,3 Prozent. Um die Inflationsgefahr abzuwehren, erhöht die Bundesbank im August 1965 den Diskontsatz von 3,5 auf vier Prozent und im Mai 1966 sogar auf fünf Prozent. Diese Entscheidung verteuert die Kredite und minimiert die ohnehin geringe Neigung zu Investitionen bei Unternehmern und privaten Bauherren. Die Wirtschaftspolitik der öffentlichen Hand trägt zur Verschärfung der Krise bei. Steuersenkungen führen 1964 und 1965 zu Ausfällen von jeweils 4,3 Milliarden DM. Um die Finanzierungslücken des Bundeshaushalts zu schließen, verabschiedet das Kabinett im Oktober 1965 ein rigides Sparprogramm. Durch einen Mehrheitsentschluss der FDP-Fraktion wird die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP vorzeitig beendet. Anlass ist die Diskussion über Steuererhöhungen oder -senkungen, über die sich die Parteien nicht einigen können. Anschließend treten die vier FDP-Bundesminister aus der Regierung zurück.

## **GROSSE KOALITION**

Der Sturz des Kanzlers Ludwig Erhard ist die Folge. Die eigene Fraktion erzwingt seinen Rücktritt und nominiert am 10. November 1966 den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Kurt Georg Kiesinger, als Nachfolger. Nachdem die FDP vom Regierungszug abgesprungen ist, verfügt die Union jedoch über keine Mehrheit mehr. Bei der Regierungsbildung spielen strategische Gesichtspunkte die Hauptrolle: Die Union will weiterregieren, und die SPD will endlich mitregieren. Seit Jahren hat besonders der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner

auf eine Große Koalition hingearbeitet. Die Umarmungsstrategie gegenüber der Union soll die SPD aus der seit 1949 bestehenden Daueropposition herausführen. Der SPD-Politiker Herbert Wehner ist der große Strategie und Taktiker, der die SPD in die Regierung der Bundesrepublik führt. In seiner Zeit als stellvertretender Parteivorsitzender von 1958 bis 1973 ist er es, der die Parteiorganisation umbaut und die SPD programmatisch auf die Regierungsverantwortung vorbereitet. Wehner bekennt sich 1960 in einer aufsehen erregenden Bundestagsrede zur Westbindung der Bundesrepublik und ebnet so den Weg zur Koalitionsfähigkeit der SPD, die mit einer großen Koalition beginnt. In der Regierung der Großen Koalition ist Wehner der starke Mann, der den Zusammenhalt garantiert.

Es kommt zur ersten Großen Koalition in Deutschland. SPD und CDU/CSU schließen unter dem neuen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ein Bündnis. Die Kanzlerwahl am 1. Dezember 1966 fällt nicht gerade eindrucksvoll aus: Kiesinger erhält 340 Stimmen, die Koalition verfügt indes über 447 Mandate. Die große Koalition entscheidet sich für eine antizyklische Politik und legt trotz sinkender Einnahmen ein milliardenschweres Konjunkturprogramm auf. Eine günstige Konstellation externer Faktoren wie niedrige Tarifabschlüsse, sinkende Zinsen, hohe Auslandsnachfrage und die gegenüber dem Dollar unterbewertete DM leitet im Zusammenspiel mit dem Konjunkturprogramm die schnelle Wende ein. Das Bruttosozialprodukt steigt 1968 um sieben Prozent, die Arbeitslosenquote fällt wieder auf 0,8 Prozent. Nachdem sie diese Krise gemeistert und die heftig umstrittenen Notstandsgesetze verabschiedet hat, gerät die Gemeinsamkeit der Koalition an ihre Grenze. Das Problem des Verhältnisses zur DDR bleibt ungelöst. In der SPD steigt die Zahl der Gegner der Großen Koalition.

### **KOHLEKRISE**

Erstes Anzeichen für eine neue innenpolitische Konstellation ist die Bildung einer sozialliberalen Koalition im größten deutschen Land im Dezember 1966. Ursache dafür ist die Kohlekrise, die an der Ruhr

zum „Zechensterben“ führt. In anderen Regionen der Welt wird Steinkohle sehr viel günstiger abgebaut als an Rhein und Ruhr. Ende der 50er Jahre ist sie weltweit verfügbar, da die Kosten für den Schiffs-transport sinken. Diese billige Importkohle und auch Erdöl verkaufen sich in der Bundesrepublik von 1958 an besser als die heimische Steinkohle. Die Kohlekrise kommt 1958 völlig unerwartet. Mit ihr beginnt das Zechensterben. Bundesweit werden innerhalb von nur zehn Jahren 78 Schachtanlagen geschlossen, die Zahl der Beschäftigten halbiert sich von 505.000 (1960) auf nur noch rund 242.000 (1970). Staat und Wirtschaft reagieren mit einer kurzfristigen Krisenpolitik zur Erhaltung der bestehenden Strukturen und zur sozialen Abfederung der entlassenen oder kurzarbeitenden Bergleute.

Im neunten Jahr Kohlekrise entscheiden sich die Wähler gegen die seit 1945 regierende CDU. „Bei uns SPD, und wir sind über den Berg“, spielt die SPD auf die Kohlehalden im Ruhrgebiet an. Die Stimmenverluste der CDU bei der Landtagswahl gehen zudem auf Kosten der Wirtschaftspolitik von CDU-Bundeskanzler Erhard: Selbst die katholischen Geistlichen im Ruhrpott entdecken ihre weltlichen Interessen und kritisieren dessen Kohlepolitik. Die FDP in Nordrhein-Westfalen tritt aus der Landesregierung aus und bietet sich der SPD als Koalitionspartner an. Die SPD könnte wohl mit der CDU, will aber lieber mit der FDP regieren. Am 8. Dezember 1966 stürzt die CDU-geführte Regierung. Die sozialliberale Koalition unter Heinz Kühn ist ein Muster für die bald folgende Entwicklung in der Bundespolitik. Nach der nächsten Bundestagswahl wird die kurzzeitige Oppositionspartei FDP, obwohl sie mehr als ein Drittel ihrer Wähler verliert und nur 5,8 Prozent der Stimmen gewinnt, zur entscheidenden dritten Kraft. Sie entschließt sich zur Koalition mit der SPD auf Bundesebene. Neuer Kanzler wird Willy Brandt, Vizekanzler und Außenminister der FDP-Vorsitzende Walter Scheel. Die größten Gemeinsamkeiten zwischen den Koalitionspartnern liegen in der Deutschland- und Ostpolitik. Das neue Bündnis greift auf ein Konzept von Brandt und seinem engsten Mitarbeiter Egon Bahr zurück, das eine „Politik der kleinen Schritte“ gegenüber der DDR fordert.

## NEUE OSTPOLITIK

Die neue Politik steht unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“. Grundlage ist die Überzeugung, dass die kommunistische Herrschaft in Osteuropa nicht beseitigt, sondern nur verändert, die deutsche Spaltung momentan nicht aufgehoben, wohl aber ihre Auswirkung gemildert werden kann. Bonn ist jetzt bereit, mit der DDR-Regierung in Verhandlungen zu treten und sie als de facto-Vertretung der Deutschen im Osten anzuerkennen. Voraussetzung für die Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion und zu Polen ist die Verrechtlichung der existierenden Grenzen an der Oder-Neiße-Linie, aber auch der Grenze zwischen Bundesrepublik und DDR. Die Regierung Brandt/Scheel anerkennt sie de facto 1970 in den Moskauer und Warschauer Verträgen.

Ein weiterer Schritt zur Normalisierung und Annäherung ist der Grundlagenvertrag mit der DDR. Die von Bundeskanzler Brandt beim Kasseler Treffen mit dem DDR-Ministerratvorsitzenden Stoph im Mai 1970 vorgelegten 20 Punkte werden zur Vorlage des Ende 1972 geschlossenen Vertrages. Die Vertragsparteien verpflichten sich, normale „gutnachbarliche“ Beziehungen auf gleichberechtigter Basis aufzubauen, sich von den Prinzipien der UN-Charta leiten zu lassen und gegenseitig auf Gewaltanwendung und die Drohung mit Gewalt zu verzichten. Die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, die uneingeschränkte Achtung der territorialen Integrität, die Beschränkung der Hoheitsgewalt auf das eigene Staatsgebiet und die Respektierung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit beider Staaten in Bezug auf seine inneren und äußeren Angelegenheiten wird bekräftigt.

Die neue Ostpolitik wird nicht allein von CDU und CSU heftig angegriffen. Sie stößt auch bei der Koalition auf Widerstand. Mehrere Abgeordnete wechseln die Fraktion, wodurch die ohnehin knappe Mehrheit immer schmaler wird. Als am 23. April 1972 ein FDP-Abgeordneter zur CDU übergeht, macht am nächsten Tag die CDU/CSU-Fraktion erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik von der Möglichkeit des



konstruktiven Misstrauensvotums Gebrauch. Das Votum scheitert – wahrscheinlich an zwei vom Staatssicherheitsdienst der DDR gekauften Stimmen – überraschend, doch die Regierung bleibt handlungsfähig, wie die Abstimmung über den Haushalt am nächsten Tag zeigt. Die Koalition entschließt sich zu Neuwahlen am 19. November 1972. Das Ergebnis bestätigt ihre Politik. Die SPD gewinnt gegenüber 1969 mehr als drei Millionen Stimmen und wird erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik mit 45,8 Prozent stärkste Partei.

Der Entspannung im Verhältnis zur DDR gehen schwierige Jahre voraus. In den Jahren nach 1961 baut die SED ihr Sperrsystem zur unüberwindbaren deutsch-deutschen Grenze aus. Die Mauer bzw. ein Metallgitterzaun durchtrennen den Osten und den Westen Berlins auf einer Länge von 43,1 Kilometern und umrunden den westlichen Teil der Stadt auf 111 Kilometern. Das erste Hindernis auf östlicher Seite ist ein Kontaktzaun, der bei Berührungen Ton- und Lichtsignale auslöst. Dahinter liegt ein Kolonnenweg für die Grenzsoldaten, stehen Beobachtungstürme (zuletzt 300) und Bunker (zuletzt 22). Die nächste Barriere ist ein ausgeleuchteter Kontrollstreifen, der vor einem Graben oder in den Boden gerammten Eisenträgern, die den Durchbruch von Fluchtfahrzeugen verhindern, endet. Erst dann folgt das eigentliche Symbol der Trennung: die vier Meter hohe Betonplattenwand.

### **WIRTSCHAFTSWACHSTUM IN BRD UND DDR**

Auf ihrem VI. Parteitag im Januar 1963 beschließt die SED nicht nur ihr erstes Parteiprogramm, sondern mit dem „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL)“ auch ein flexibleres Wirtschaftssystem. Es zielt durch den Einbau marktwirtschaftlicher Elemente auf eine stärkere Eigeninitiative der Betriebe und damit auf eine höhere Produktivität. Die DDR wird zur „sozialistischen Leistungsgesellschaft“, in der nicht mehr nur die politische Integrität, sondern auch die fachliche Qualifikation über die berufliche und gesellschaftliche Stellung entscheidet. Ökonomen rücken in die politische Führung auf.

1968 erhält die DDR eine neue, die zweite Verfassung. Sie fixiert die politische Dominanz der SED, den Marxismus-Leninismus als Leitideologie und die staatliche Führungsrolle des Staatsrates. Vordergründig sind die 60er Jahre „hüben wie drüben“ vor allem eine Dekade des Aufschwungs – wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. Im Westen steigen die Löhne jährlich um sechs bis sieben Prozent, manchmal, wie 1969 in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens, um bis zu 15 Prozent. Das erlaubt vielen Menschen einen bisher nicht gekannten Konsum. Schon zu Anfang der Dekade produzieren westdeutsche Unternehmen fast zwei Millionen Autos im Jahr, zudem zwei Millionen Fernseher, vier Millionen Rundfunkgeräte, acht Millionen Armbanduhren, eine Million Waschmaschinen, drei Millionen Fotoapparate und 100 Millionen Paar Schuhe.

In der DDR wächst das Bruttosozialprodukt zwischen 1960 und 1969 jährlich um etwa fünf Prozent. Auch die Löhne steigen von 1960 etwa 501 Mark auf 552 Mark im Jahr 1965 und auf 647 Mark weitere fünf Jahre später. Die Kaufkraft liegt zwar niedriger als in der Bundesrepublik, doch die staatliche Subventionierung der Grundnahrungsmittel und Mieten garantiert eine ausreichende Versorgung – auch wenn Engpässe bei hochwertigen Lebensmitteln und Konsumgütern weiter zum Alltag gehören. Außerdem sind viele soziale Standards sehr hoch. Ab Januar 1964 werden die Renten deutlich erhöht. Der Schwangerschaftsurlaub für berufstätige Frauen wird auf 14 Wochen verlängert. Und im September 1967 führt die DDR die Fünf-Tage-Woche ein.

Im Vergleich zur Bundesrepublik bleibt ein Rückstand, der im Lauf der 60er Jahre größer wird. Verglichen mit den übrigen Ländern des RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) verläuft die Entwicklung der DDR-Wirtschaft in den 60er Jahren jedoch eindeutig positiv. Die DDR steigt zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht nach der Sowjetunion auf. Mit Hinweis auf diese Erfolge propagiert Walter Ulbricht Ende der 60er Jahre das Modell DDR als Vorbild für alle realsozialistischen Industriegesellschaften und gerät darüber in Konflikt mit der KPdSU.

Als er sich auch noch den Entspannungsbemühungen der sozialliberalen Bundesregierung widersetzt, ist seine Ablösung unvermeidlich. Im Mai 1971 wird Ulbricht zum Rücktritt vom Amt als Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED gedrängt. Sein Nachfolger wird Erich Honecker. Der wirtschaftliche Erfolg ist trotz aller gegenteiliger Behauptungen von Seiten der SED vor allem ein westdeutsches Phänomen, an dem jetzt große Teile der Bevölkerung teilhaben.

Von 1961 bis 1968 steigt der Anteil der Eigenheimbesitzer in der Bundesrepublik auf mehr als ein Drittel aller westdeutschen Familien. Vorstädtische Bungalow-Siedlungen gelten als Inbegriff einer neuen Moderne. Parallel wächst die Zahl der Autos von vier auf 13 Millionen. Suburbanes Wohnen und Automobilsierung gehen einher mit einer beträchtlichen Verkürzung der Arbeitszeit, die Mitte der 50er Jahre noch fast 50 Stunden an sechs Werktagen beträgt und sich bis Ende der 60er Jahre um etwa fünf Stunden verkürzt – außerdem setzen starke Gewerkschaften die fünftägige Arbeitswoche mit einem langen Wochenende durch.

### ALLTAG IN OST UND WEST

Es ist auch die erste wirkliche Fernsehdekade, in dem das noch unverbrauchte Medium fast die ganze Bevölkerung allabendlich vor die Bildschirme zieht. Anfang der 60er Jahre gibt es etwa vier Millionen Fernsehhaushalte, 1970 bereits über 15 Millionen. Die „Sportschau“ versammelt seit 1961 einen Großteil der Männer am frühen Samstagabend vor dem Bildschirm; 1963 hat der „Bericht aus Bonn“ Premiere und 1963 nimmt das ZDF den Betrieb auf. Seit 1965 spielt Inge Meysel in den „Unverbesserlichen“ und 1967 wird das Fernsehen farbig. Wegen der noch überschaubaren Zahl der Sendungen ist das Programm wichtiger Gesprächsstoff auf der Arbeit, beim Einkauf und über den Gartenzaun hinweg.

Der Optimismus dieser Jahre schlägt sich trotz der seit 1961 frei verkäuflichen „Pille“ in einer hohen Geburtenrate nieder. Gleichzei-

tig zeigt die beginnende Debatte über die Sexualmoral, die in den 50er Jahren unmöglich gewesen wäre, welche Widersprüche unter der Oberfläche der Republik brodeln. Noch gilt der § 175, der „Schwulenparagraph“, noch ist der „Kuppler-Paragraph“ nicht aus den Gesetzesbüchern verschwunden, da bekennen sich Männer in Berlin erstmals zu ihren Liebhabern und fordern junge Frauen sexuelle Selbstbestimmung.

Auch in anderer Hinsicht verändert die Republik ihr Gesicht: Durch die steigende Zuwanderung aus südeuropäischen Ländern wird Westdeutschland faktisch zum Einwanderungsland. Die Ausländerpolitik setzt in den 1960er-Jahren weiter auf die Anwerbung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem Mittelmeerraum. Anwerbeverträge mit diesen „Gastarbeitern“ werden mit Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968) geschlossen. Die überwiegend männlichen Arbeiter leben oft in Baracken oder Sammelunterkünften. Sie sind vor allem in der Industrie beschäftigt, wo wegen des „Überhanges an Arbeitsplätzen“ und der steigenden Ansprüche einheimischer Arbeitnehmer viele Stellen nicht besetzt werden können. Der Ausländeranteil wächst von 1,2 Prozent im Jahr 1960 auf über 4,9 Prozent in 1970. Zum Zeitpunkt des Anwerbstopps im Jahr 1973 sind in der Bundesrepublik 2,6 Millionen ausländische Arbeitnehmer beschäftigt.

Jahr für Jahr reisen jetzt mehr Menschen ins Ausland. Gründe gibt es viele. Die Realeinkommen sind deutlich gestiegen. Das Fernsehen hat die Sehnsucht nach neuen Erfahrungen geweckt und einen Teil der Angst vor der Fremde genommen. Die Motorisierung erlaubt auch längere Reisen zu entfernten Zielen und die Lebensqualität ist durch den immer höheren Urlaubsanspruch der Arbeiter und Angestellten deutlich gestiegen. Mallorca wird eines der neuen Lieblingsziele der Deutschen. Die Zahl aller Urlauber liegt auf den gesamten Balearen 1950 noch bei 100.000. Zwanzig Jahre später besuchen schon fast zwei Millionen Touristen die Insel. Noch stellen die Briten die meisten Besucher, aber das wird sich bald ändern.

## KONFLIKT DER GENERATIONEN

Kaufhäuser, Banken und Behörden beherrschen zunehmend die Innenstädte. In vielen Orten entstehen Fußgängerzonen und verdrängen die Bewohner. Aus Amerika kommt die Idee der Supermärkte, gegen die viele „Tante-Emma-Läden“ einen aussichtslosen Kampf führen. Die schnell wachsenden Trabantenstädte, nah zu den neuen Gewerbegebieten gelegen, geraten zu Betonburgen, deren Bewohner über Anonymität und soziale Kälte klagen. Im Rahmen der „Flächensanierung“ fallen in fast allen deutschen Städten ganze gewachsene Straßenzüge und Kulturdenkmäler dem Umbau zur autogerechten Stadt zum Opfer.

Selten sind die Anschauungen zweier Generationen heftiger aufeinander geprallt als in diesen Jahren. Während die Eltern das Trauma der Hitlerzeit nicht überwunden haben, empfinden die Jungen die Ordnung als spießig und eng. Die einen verdrängen die Vergangenheit und leben die beschauliche Ruhe nach mehr als drei Jahrzehnten voller Katastrophen, die anderen suchen Antworten auf ihre Fragen und nach einem Leben, das mehr ist als eine Summe von Besitztümern. Hinzu kommt, dass sich viele junge Deutsche in ihren Repräsentanten nicht erkennen. Nach Bildung der Großen Koalition in Bonn – die neue Regierung stützt sich auf 447 Abgeordnete, die Opposition auf nur 49 – glauben vor allem viele jüngere Menschen, der schwachen Opposition im Bundestag eine „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) gegenüberstellen zu müssen. Weil der neue Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger seit Februar 1933 der NSDAP angehörte und 1966 die rechtsradikale Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) in die Landtage von Hessen und Bayern einzieht, scheinen sich die Befürchtungen linker Studenten über einen drohenden „neuen deutschen Faschismus“ zu bestätigen. Die Forderungen nach einer demokratischen Hochschulreform, der Widerstand gegen den Vietnam-Krieg und die Notstandsgesetze verschmelzen mit der Kritik an der nationalsozialistischen Vergangenheit der Elterngeneration und der Auflehnung gegen ein Wiederaufleben totalitärer Bestrebungen.

### DIE 68er-STUDENTENBEWEGUNG

Der 2. Juni 1967 gilt als der eigentliche Beginn der deutschen 68er-Studentenunruhen. An diesem Tag wird der Germanistikstudent Benno Ohnesorg bei einer Demonstration gegen den Besuch des persischen Schahs in Berlin vor der Deutschen Oper von einem Polizisten erschossen. Der Tod des 26-Jährigen radikalisiert die Studenten, die damals noch mit Schlips und Jackett auf die Straße gehen, in kürzester Zeit. Aus dem anfänglichen Protest einer Minderheit wird die „Studentenbewegung“. Wortführer der Rebellion ist der Student Rudi Dutschke, der in Aufsehen erregenden Protestaktionen die einzige Möglichkeit sieht, etwas an der politischen Lage zu verändern: *„Ohne Provokation werden wir überhaupt nicht wahrgenommen“*. Die Auseinandersetzungen eskalieren. Am 11. April 1968 steht Rudi Dutschke mit seinem Fahrrad vor dem SDS-Zentrum am Kurfürstendamm in Berlin, als ein Mann auf ihn zukommt. Unter seiner hellbraunen Wildlederjacke trägt er eine Pistole im Schulterhalfter. *„Sind Sie Rudi Dutschke?“* fragt er, worauf dieser bejaht. Der Hilfsarbeiter Josef Bachmann zieht seine Pistole und schießt dreimal. Dutschke überlebt, stirbt aber im Dezember 1979 an den Spätfolgen der beim Attentat erlittenen Verletzungen.

Kaum ein Ereignis hat den Alltag und das Denken einer ganzen Generation so sehr verändert wie diese Protestbewegung. Der Publizist Volker Brandes urteilt 20 Jahre später: *„Der größte Verdienst der Bewegung von 68 ist vielleicht – auch wenn wir das damals nicht so sahen – die Zersetzung der herrschenden Alltagskultur. Wir können noch immer offener sprechen, freier denken und ungezwungener leben als vor der Revolte; die soziale Kontrolle über den einzelnen ist weniger allmächtig“*. Tatsächlich ist nach 1968 vieles nicht mehr so wie es war. Die Frauenbewegung zwingt viele Männer zum Überdenken ihrer Verhaltensmuster und fordert im Alltag und im Beruf eine umfassende Gleichberechtigung. Die als repressiv angegriffene Institution Ehe wird binnen weniger Jahre zu einer von vielen möglichen Formen des Zusammenlebens. Bisher verbotene Formen der Sexualität werden zumindest in Großstädten offen gelebt. Die Pädagogik gewinnt Einfluss auf die Vorstellungen

von der Erziehung der Kinder. Der holländische Publizist Geert Mak: *„Die eigentliche Revolution der 60er Jahre fand in der Privatsphäre statt, an den Küchentischen Hunderttausender von Durchschnittsfamilien“.*

Als politische Bewegung jedoch hat die außerparlamentarische Bewegung keine Zukunft. Sie ist uneins über ihre Ziele, bleibt weitgehend auf das studentische Milieu beschränkt, zersplittert in tausend kleine Fraktionen, in maoistische Parteien und die politisch völlig bedeutungslose DKP (Deutsche Kommunistische Partei). Einige enttäuschte Anhänger der Studentenbewegung organisieren sich in militanten kleinen Gruppen. Eine dieser Einheiten, die den bewaffneten Kampf „in das Herz der Metropolen“ tragen will, trägt in Erinnerung an den erschossenen Studenten Benno Ohnesorg den Namen „Bewegung 2. Juni“. Es ist eine sehr kleine Gruppe, die sich an den lateinamerikanischen Stadtguerilla orientiert – aber sie steht für eine Bewegung, die das innenpolitische Klima in den kommenden Jahren entscheidend prägen wird.

# DIE DEUTSCHEN 1815 BIS HEUTE

Eine Zeitreise in Texten, Bildern und Filmen



**DIE DEUTSCHEN 1815 bis 1918**  
Fürstentum und Bürgerkriege



**DIE DEUTSCHEN 1918 bis 1945**  
Leben zwischen Revolution und Katastrophe



**DIE DEUTSCHEN 1945 bis 1972**  
Leben im doppelten Wirtschaftswunderland



**DIE DEUTSCHEN 1972 bis heute**  
Auf dem Weg zu Einheit und Freiheit

## Einsatz in Bildung und Unterricht

Das multimediale Projekt „Die Deutschen“ eignet sich besonders gut für den Einsatz in Bildungseinrichtungen jeder Art. Die 13 Filme auf zwölf DVDs können selektiv genutzt und im Unterricht eingesetzt werden. Die Filme teilen sich in mehr als 1.000 „Icons“ auf, die zwischen 40 und 150 Sekunden lang sind. Diese Icons sind das Mosaik, aus denen sich ein Bild aus 200 Jahren deutscher Geschichte zusammensetzt. Einzeln oder in Gruppen können diese Icons ebenso wie Einzelfilme im Unterricht eingesetzt werden. Eine sachliche Alternative dazu bilden die Interviews mit bedeutenden deutschen Historikern, die jede DVD ergänzen.



Herausgeber  
Saeculum Verlagsgesellschaft  
Leuschnerdamm 13  
10999 Berlin  
www.saeculum-verlag.de

© Saeculum Verlagsges. mbH, Berlin 2008. All rights of the producer and owner of the work reserved. Unauthorized copying, hiring, lending, public performance and broadcasting prohibited. Made in Germany.